

# Dokumente zum Zeitgeschehen

---

## Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa

### Dokumente der Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion und der SED zur Bildung eines atomwaffenfreien Korridors in Europa

**Gemeinsames Kommuniqué vom 21. Oktober 1986 (Wortlaut)**

Während ihres Treffens am 19. September 1985 in Berlin vereinbarten der Vorsitzende der SPD, Willy Brandt, und der Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe die Bildung eines atomwaffenfreien Korridors in Europa, entsprechend dem Vorschlag der Palme-Kommission, zu erörtern.

Die Palme-Kommission hat auf die Gefahren hingewiesen, die in dem dichtbevölkerten und hoch-industrialisierten Mitteleuropa von den zahlreichen, grenznah stationierten Atomwaffen der NATO und der Warschauer Vertrags-Organisation ausgehen. Im Falle eines militärischen Konflikts könnte hier die atomare Schwelle schnell überschritten werden. Um die atomare Schwelle zu erhöhen und die Versuchung, Atomwaffen frühzeitig einzusetzen, zu mindern, hat die Palme-Kommission die Schaffung eines von Atomwaffen freien Gebietes von zunächst 150 Kilometern auf beiden Seiten empfohlen.

Die Arbeitsgruppe hat in 6 Sitzungen die Möglichkeiten untersucht, diesen Vorschlag zu verwirklichen. Im Ergebnis wurden „Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa“ vereinbart, die das Präsidium der SPD auf Vorschlag des Parteivorsitzenden, Willy Brandt, und des Fraktionsvorsitzenden, Hans-Jochen Vogel, und das Politbüro der SED auf Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der SED, Erich Honecker, gebilligt haben.

Mit diesen „Grundsätzen“ wird deutlich, was als Ergebnis von Regierungsverhandlungen erreicht werden kann. Dies ist ein Appell an alle Regierungen in Ost und West, die in dem vorgesehenen Korridor Streitkräfte unterhalten, zum frühest möglichen Termin Verhandlungen über die Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors aufzunehmen. Ein solcher Korridor würde die Verhandlungen in Genf, insbesondere zum Abbau der Mittelstreckenraketen, ergänzen und beiden Seiten mehr Sicherheit verschaffen.

Gerade nach dem Erfolg von Stockholm, mit seinen vom Atlantik bis zum Ural vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen, die einen Überraschungsangriff unwahrscheinlicher als bisher machen, würde ein Korridor nach den entwickelten Grundsätzen die politischen Vorwarnzeiten noch einmal verlängern und die Angriffsfähigkeit weiter mindern. Ein solcher Korridor wäre daher eine qualifizierte vertrauensbildende Maßnahme im Geiste von Stockholm. Da aus dem Korridor nicht nur Atomwaffen, sondern alle Waffen, die gleichzeitig konventionell und atomar verwendet werden können, von der Trennlinie der beiden Bündnisse zurückgezogen würden, führt er über Stockholm hinaus.

Damit würde die Struktur der konventionellen Streitkräfte und ihrer Bewaffnung, ohne die Verteidigungsfähigkeit zu mindern, auf beiden Seiten so verändert, daß ein Schritt hin zu Nichtangriffsfähigkeit und militärischer Stabilität auf einem immer niedrigeren Niveau getan und zugleich ein wesentlicher Beitrag zur Abrüstung auf konventionellem Gebiet geleistet wird.

Es bleibt die Aufgabe, die von der Arbeitsgruppe nicht gelöst werden konnte und sollte, durch Verhandlungen und Initiativen der beiden Bündnisse ein System kooperativer gemeinsamer Sicherheit zu erreichen.

## *Dokumente zum Zeitgeschehen*

Der Ausgang des Treffens von Reykjavik darf sich nicht zu Lasten von Frieden und europäischer Sicherheit auswirken. Gerade jetzt sind stärkere Anstrengungen und Initiativen erforderlich, um die positiven Ansätze des Treffens zu nutzen, um ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern und es auf der Erde zu beenden.

Die gemeinsam erarbeiteten „Grundsätze“ wollen als ein Beitrag aus der Mitte Europas verstanden werden, durch den die Gefahren durch taktische Atomwaffen und den damit verbundenen konventionellen Streitkräften verringert werden. Dies fügt sich in den Vorschlag der Staaten des Warschauer Vertrages im Budapester Appell ein, auf den die NATO gemäß den Beschlüssen von Halifax eine konstruktive Antwort geben will.

Die Arbeitsgruppe hat sich bei ihren Beratungen von den Verpflichtungen leiten lassen, wie sie in Artikel 5 des Grundlagenvertrages formuliert sind, und von der Verantwortung, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen soll, daß von deutschem Boden Frieden ausgehen muß.

Beide Seiten werden die Ergebnisse ihrer Arbeit

- den Regierungen ihrer Staaten übergeben;
- den Regierungen jener Länder übermitteln, die über Atomwaffen in Mitteleuropa verfügen oder Streitkräfte im Korridor unterhalten;
- weiteren interessierten Regierungen, Parlamenten und Parteien zugänglich machen.

Der Arbeitsgruppe gehören an:

für die SPD-Bundestagsfraktion

*Egon Bahr*, Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle im Deutschen Bundestag und Mitglied des Präsidiums der SPD; *Karsten D. Voigt*, Obmann der Arbeitsgruppe Außenpolitik und Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion und des Parteivorstandes der SPD; *Erwin Horn*, Obmann der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen und Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion; *Dr. Hermann Scheer*, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion und Mitglied des Parteirates der SPD; *Dr. Uwe Stehr*, Referent für Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

für die SED

*Hermann Axen*, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED; *Dr. Manfred Uschner*, Stellvertretender Abteilungsleiter im ZK der SED; *Prof. Dr. Karl Lanius*, Direktor des Instituts für Hochenergiephysik; *Karl-Heinz Wagner*, Mitarbeiter im ZK der SED; *Dr. Günter Hillmann*, Sektorenleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR.

Beide Seiten wollen Gespräche auf den Gebieten der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu gegebener Zeit fortsetzen.

Bonn, den 21. Oktober 1986

### **Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa (Wortlaut)**

I

1. Der europäische Kontinent beherbergt die höchste Konzentration von Waffen und Streitkräften. Der Rüstungswettlauf wird fortgesetzt. Die Möglichkeit seiner Ausdehnung in den Weltraum ist nicht gebannt. Das Leben in Europa bleibt, sogar wachsend, gefährdet. Das erfüllt die Menschen mit tiefer Besorgnis.
2. Um so dringender wird es, die Situation in Europa politisch und militärisch zu entspannen und Schritt für Schritt eine stabile gemeinsame Sicherheit auf einem immer niedrigeren Niveau der Rüstungen und Streitkräfte herbeizuführen.

## *Dokumente zum Zeitgeschehen*

3. Eigene Beiträge und Initiativen sind deshalb Ausdruck der gemeinsamen Verantwortung, die aus der unmittelbaren Betroffenheit erwächst, gerade an der Trennlinie zwischen den beiden militärischen Bündnissen.
4. Die Aufgabe ist, die Gefahr des Ausbruchs eines Konfliktes zu mindern, Sicherheit und Vertrauen zwischen den europäischen Staaten zu fördern, durch regionale Maßnahmen die darüber hinausgehenden Bemühungen zu Rüstungskontrolle und Abrüstung zu unterstützen und einen ersten Schritt auf dem Wege zur weltweiten Abschaffung der Atomwaffen zu tun.
5. Ein solcher Schritt würde die Verhandlungen in Genf über die Reduzierung und Beseitigung von strategischen und Mittelstreckenwaffen sowie über die Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum ergänzen. Umgekehrt würde ein erhoffter Erfolg der Genfer Verhandlungen die Befreiung großer Teile Mitteleuropas von Atomwaffen aller Art erleichtern und den Weg zur völligen Befreiung Europas von diesen Waffen öffnen.
6. In Anlehnung an den Vorschlag des unvergessenen Olof Palme sollen beiderseits der Trennlinie zwischen den beiden Bündnissen Nuklearwaffen beseitigt werden, die die Schwelle zum Atomkrieg niedrig halten und die im Falle ihres Einsatzes unkontrollierbare Eskalationen auslösen würden. Das soll sowohl die nukleare als auch die konventionelle Angriffsfähigkeit der gegenüberstehenden Streitkräfte verringern und die Gefahr der Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Vertrag in Europa insgesamt mindern.
7. Beide Seiten sind sich einig, daß für Europa vom Atlantik bis zum Ural militärische Stabilität auf immer niedrigerem Niveau durch baldige Verhandlungen auch über eine wirkungsvolle und drastische Reduzierung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen erreicht werden soll. Das läge gerade im Interesse Mitteleuropas. Angesichts der rapiden technologischen Entwicklung konventioneller Waffen wird dies um so wichtiger, je mehr atomare Waffen in Europa schrittweise beseitigt oder vernichtet werden.
8. Eine Initiative zur Verwirklichung des atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa entspricht der besonderen Verantwortung der beiden deutschen Staaten, daß von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgehen darf, sondern Frieden ausgehen muß. Sie erhöht die Sicherheit für beide Staaten und ihre europäischen Nachbarn und fügt sich in die Ziele ein, die die Schlußakte von Helsinki gesetzt hat. Sie baut Konfrontation ab und fördert Zusammenarbeit.

## II

### *Der atomwaffenfreie Korridor*

1. Entlang der Trennlinie der beiden Bündnisse in Mitteleuropa soll ein Korridor geschaffen werden, dessen Territorium von allen Atomwaffen befreit wird.
2. Dieser Korridor soll Teile des Territoriums der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und der CSSR umfassen.
3. Der Korridor soll zunächst eine Ausdehnung von jeweils rund 150 Kilometern auf den Territorien der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und der CSSR, also rund 300 Kilometer insgesamt, haben.

Der Korridor würde entlang einer im einzelnen zwischen den Regierungen zu vereinbarenden Linie verlaufen, auf dem Territorium der DDR ungefähr entlang der Linie

Stralsund – Berlin – Wittenberg – Dresden;

auf dem Territorium der CSSR ungefähr entlang der Linie

...

auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland ungefähr entlang der Linie

Cuxhaven – Bremen – Bielefeld – Siegen – Mannheim – Ansbach – München.

## *Dokumente zum Zeitgeschehen*

4. Drei Jahre nach Verwirklichung des Korridors werden die Regierungen über seine Ausdehnung zu einer mitteleuropäischen atomwaffenfreien Zone verhandeln, z. B. in der von den Staaten der NATO und der Organisation der Warschauer Vertragsstaaten bei den Wiener Verhandlungen definierten Ausdehnung.

Dabei werden zu berücksichtigen sein:

- die inzwischen mit dem atomwaffenfreien Korridor gesammelten Erfahrungen,
- die Gesamtentwicklung zwischen Ost und West,
- die Ergebnisse der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen,
- die Ergebnisse der Stockholmer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa, des KSZE-Prozesses als Ganzes und der MBFR-Verhandlungen in Wien,
- die Fortschritte bei der Reduzierung von Streitkräften und konventionellen Rüstungen in Europa.

Die exakte Festlegung der Grenzen des Korridors bleibt Gegenstand staatlicher Verhandlungen ebenso wie alle weiteren mit der Schaffung des Korridors zusammenhängenden Fragen.

### III

#### *Definition der Atomwaffen*

1. Zu den Atomwaffen im Sinne dieser vereinbarten Grundsätze gehören alle Trägersysteme, die zum Einsatz von Kernmunition fähig sind, sowie die Kernmunition selbst (einschließlich Kernminen).

2. Nachdem durch die Rüstungsentwicklung Waffensysteme geschaffen worden sind, die sowohl atomar wie konventionell verwendet werden können, und damit eine sichere Unterscheidbarkeit unmöglich geworden ist, wird es erforderlich, daß alle doppelt verwendbaren Waffensysteme unter die Kategorie der Atomwaffen fallen und aus dem Korridor entfernt werden. Das betrifft Artillerie, Flugzeuge wie Raketen.

Das bedeutet:

- a) für die Artillerie den Abzug aller nuklearfähigen Trägersysteme;
- b) für die Luftstreitkräfte den Abzug aller nuklearfähigen fliegenden Systeme und der dazugehörigen entsprechenden Nuklearwaffendepots;
- c) für Raketen den Abzug aller nuklearfähigen Raketensysteme.

3. Um sicherzustellen, daß aus dem Korridor heraus weder durch alte noch durch neue Waffen eine Angriffsfähigkeit entsteht, ist zu vereinbaren, daß modernisierte Waffensysteme, die den in Ziffer 2 formulierten Kriterien entsprechen, nicht in den Korridor gebracht werden.

### IV

#### *Verpflichtungen*

1. Ein Vertrag zur Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors als Ergebnis von Regierungsverhandlungen muß auf dem Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit beruhen. Er sollte unbegrenzt gültig sein und der Ratifizierung unterliegen.

2. Zur Gewährleistung der Atomwaffenfreiheit enthält der Vertrag ein Verbot des Besitzes, der Lagerung, der Stationierung von Atomwaffen im Korridor und ihres Transits.

3. Im Korridor finden keine Manöver mit Waffen statt, die im Korridor verboten sind.

## *Dokumente zum Zeitgeschehen*

4. Bei den Verhandlungen ist die Teilnahme jener Staaten erforderlich, die Atomwaffen im Sinne der Definition unter Punkt III auf dem Territorium des Korridors stationiert haben. Diese Staaten werden aufgefordert, die völkerrechtlich verbindliche Verpflichtung zu übernehmen, alle ihre Atomwaffen aus dem Korridor dauerhaft zu entfernen, seinen Status zu respektieren und nichts zu unternehmen, was ihn gefährden könnte.

5. Die Atomwaffenmächte sollten völkerrechtlich verbindliche Zusicherungen über die Nichtanwendung bzw. Nichtandrohung der Anwendung von Atomwaffen gegen den Korridor abgeben.

6. Dieser Vertrag würde im übrigen die Verpflichtungen nicht berühren, die sich aus der Zugehörigkeit dieser Staaten zur *Organisation des Warschauer Vertrages* und zur *Nordatlantischen Allianz* ergeben.

### V

#### *Kontrolle*

##### *Prinzipien*

1. Entsprechend dem Grundsatz der Partnerschaft gleicher Sicherheit sind Kontrollen erforderlich, die die Einhaltung der einzugehenden Verpflichtungen garantieren und geeignet sind, wachsendes Vertrauen zu fördern.

Umfang und Charakter der Kontrolle müssen dem Umfang der zu vereinbarenden Abrüstungsmaßnahmen adäquat sein. Dabei haben nationale Kontrollen den Vorrang vor internationalen.

2. Da die angestrebte Vereinbarung völlige Atomwaffenfreiheit des Korridors zum Ziel hat, muß sich die Kontrolle auf den Abzug und das Vorhandensein bzw. Nichtvorhandensein von Atomwaffen entsprechend der Definition beziehen, wozu nationale und internationale Kontrollverfahren notwendig sind.

##### *Instrumente der Kontrolle*

###### *Nationale Kontrolle*

3. Die Regierungen der Teilnehmerstaaten haben die Verantwortung für die Einhaltung aller eingegangenen Verpflichtungen zu übernehmen. Dazu schaffen bzw. nutzen sie nationale Kontrollmittel und ergreifen die entsprechenden notwendigen innerstaatlichen Maßnahmen.

Die Vertragspartner tauschen Informationen und Erfahrungen über den Abzug der entsprechenden Waffen und die Auflösung der bisherigen Lager aus, um die erforderlichen Kontrollen mit adäquaten nationalen technischen Mitteln beiderseits zu erleichtern, zumal einige der beteiligten Staaten nicht über Satelliten zur Kontrolle der Atomwaffenfreiheit verfügen.

###### *Internationale Kontrolle*

4. Die internationale Kontrolle wird durch eine ständige internationale Kommission ausgeübt. Alle Staaten, die sich an den Verpflichtungen des atomwaffenfreien Korridors beteiligen, haben das Recht, Mitgliedern dieser Kommission zu werden.

Die Teilnehmerstaaten haben die Pflicht, zur Lösung der Probleme, die sich bei der Durchsetzung der eingegangenen Verpflichtungen ergeben, mit der ständigen internationalen Kommission zusammenzuarbeiten und sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.

##### *Durchführung der internationalen Kontrolle*



5. Wenn ein Verdacht auf Verletzung des Vertrages auftaucht, wird die ständige internationale Kommission eingeschaltet. Die entsprechende Beschwerde muß begründet werden.

Wird der Anlaß des Verdachts in einer festzulegenden Frist nicht behoben, werden durch die ständige internationale Kommission Inspektionen an Ort und Stelle durchgeführt.

6. Einzelheiten der Satzung, die die Arbeitsweise und Rechte der ständigen internationalen Kommission regelt, einschließlich der Kontrolle, der Inspektionen an Ort und Stelle auf Anforderung, der Fristen, des Informationsaustausches und der Bezeichnung der ständigen internationalen Kommission, müssen in den Verhandlungen festgelegt werden.

Dabei wird u. a. zu regeln sein: Beobachtungsstellen für den Abzug der Atomwaffen aus dem Korridor, das Verfahren bei Ankündigung des Beginns und des Abschlusses des Abzugs und der Austausch von entsprechenden Listen, die Einrichtung von ständigen Kontrollpunkten nach Abschluß des Abzugs sowie Zahl und Verfahren für Stichprobenkontrollen.

<p>Ruhrfestspiele Recklinghausen (Hg.)  <b>Ihr für uns und wir für euch</b>                      40 Jahre Ruhrfestspiele Recklinghausen                      Vom Tausch „Kunst gegen Kohle“ zum „linken Bayreuth“ (Walter Dirks): kein Jubiläumsband mit Weihrauch und verklärtem Blick, sondern lebendiges Porträt dieser einzigartigen Einrichtung abseits von Massenunterhaltung und Elitekultur. Und ein prachtvoller Theater-Bildband dazu.                      248 Seiten mit über 250 Abbildungen, davon 23 vierfarbig, dokumentarischer Anhang, Format 24 x 21 cm, broschiert 19,80 DM</p> <p>Jan Foitzik  <b>Zwischen den Fronten</b>                      Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils.                      Reihe: PGG Bd. 16                      364 Seiten, 58,- DM</p>	<p>Beatrix Herlemann  <b>Auf verlorenem Posten</b>                      Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg                      Die Knöchel-Organisation                      Die Untersuchung stellt innerhalb der bundesrepublikanischen Forschung die erste Monographie einer kommunistischen Widerstandsgruppe im Krieg dar.                      Reihe: PGG Bd. 15                      312 Seiten, 48,- DM</p> <p>Michael Schneider  <b>Demokratie in Gefahr?</b>                      Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958 bis 1968)                      Schneider zeichnet die Debatte dieser Auseinandersetzungen nach, die nicht ohne aktuellen Bezug ist und deren Schlüsselbegriff „gesamtgesellschaftliche Demokratisierung“ lautet.                      Reihe: PGG Bd. 17                      304 Seiten, 32,- DM</p>	<p>Ulrich Herbert  <b>Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980</b>                      Saisonarbeiter – Zwangsarbeiter – Gastarbeiter                      Mit der Hochindustrialisierung vor etwa 100 Jahren begann in Deutschland auch die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte. Ebenso alt sind die Probleme: Anwerbung und Abschiebung nach Bedarf, Rassismus und Angst vor „Überfremdung“. Es gibt keine bruchlose Kontinuität, aber unheilvolle Traditionen, die noch heute wirken.                      Dietz Taschenbuch 19                      272 Seiten, 16,80 DM</p> <p>Ulrich Herbert  <b>Fremdarbeiter</b>                      Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches 2., unveränderte Auflage 1986                      488 Seiten, broschiert 38,- DM</p>
--	---	--

 **J.H.W. Dietz Nachf.**
 **Verlag Neue Gesellschaft**